

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Grötzingen -**

Niederschrift Nr. 7

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **22. Januar 2020** (Beginn 19.00 Uhr; Ende 20.35 Uhr)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

Vorsitzende: **Ortsvorsteherin Karen Eßrich**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18**

Zahl der Zuhörer: **19**

Namen der **nicht anwesenden**
Mitglieder

Urkundspersonen: **OSR Siegele, OSR Weingärtner**

Schriftführer: **Hauptamtsleiter Jürgen Dehm**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Petra Bickert, Stadtplanungsamt (TOP 6)
Rechnungsamtsleiterin Margit Schönfeld
Bauamtsleiter Manfred Müller**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **13.01.2020** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

50. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
51. Pflegequalität Friedhof
(Interfraktioneller Antrag)
52. Abgesetzt
53. Erschwertes Einfädeln von der Augustenburgstraße in die B 10: „Einfach mal Ausprobieren“
(Interfraktioneller Antrag)
54. Digitale Anzeige für Bushaltestellen Bahnhof Grötzingen und Grötzingen Nord
(Antrag der SPD-Fraktion)
55. Sachstand Bebauungsplanänderung „Junge Hälde“
(Antrag der CDU-Fraktion)
56. Abgesetzt
57. Parkplatzmarkierung im Bereich des Bahnhofs Grötzingen
(Anfrage der SPD-Fraktion)
58. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
59. Bauanträge
60. Mitteilungen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung verkündet die Vorsitzende, dass sie den Tagesordnungspunkt „Sachstand Bebauungsplanänderung „Junge Hälde“ vorziehen und direkt nach den Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner behandeln werde. Die Tagesordnungspunkte „Prüfung Standort Hort“ und „Verkehrslenkendes System für Augustenburgstraße“ werden abgesetzt, da noch nicht alle freigegebenen Stellungnahmen vorliegen, so die Ortsvorsteherin weiter.

Zu Punkt 50 der TO: Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

- a) Eine Einwohnerin fragt, wann der Runde Tisch Schülerbetreuung tagen werde. Außerdem möchte sie wissen, ob es neue Informationen oder einen Termin zur Bedarfsumfrage Schülerbetreuung gibt. OVS Eßrich antwortet, nach Aussage des Rektors, der diese Angelegenheit organisieren muss, hospitierten die Lehrer zurzeit in verschiedenen Ganztags-grundschulen, um sich ein Bild zu machen. Anfang März werde das Thema in der Gesamtlehrerkonferenz behandelt und auch ein Praxistag vorgesehen, an dem die Lehrer ein Grundkonzept erarbeiten werden. Außerdem werde in der Woche vom 9. bis 13. März ein Informationsabend stattfinden. Der genaue Termin werde noch abgestimmt. Darüber hinaus sei ein Arbeitsabend am 23. März 2020 um 19.30 Uhr in der Schule vorgesehen zur Überarbeitung des Konzeptes und Erstellung des Fragebogens. Diesen Termin werde sie noch öffentlich bekanntgeben. Die Elterninitiative werde dazu mit eingeladen.
- b) Ein Einwohner bedauert, dass der Tagesordnungspunkt „Verkehrslenkendes System für Augustenburgstraße“ abgesetzt wurde. Er habe die bisherige Diskussion verfolgt. Er habe große Bedenken für den Fall, dass der Vorschlag einer Pförtnerampel östlich des Tunnels zum Tragen kommen werde. Das hielte er für eine große Katastrophe. Das Problem sei seines Erachtens der Stau, nicht die Ampel am Grenzweg. Wenn die Ampel am Grenzweg rot sei und die Grötzingen grün bekämen, könnten sie nicht rausfahren, da die Straße ohnehin blockiert sei. Dann würde man zwei Stunden benötigen, um aus Grötzingen herauszukommen. Seine Anregung zur Verkehrsführung am Ortseingang sei ein drehbares Verkehrs-schild für Anliegerverkehr, das man kontrolliert. Die Strafzettelgebühr für Leute, die unberechtigt durchfahren, würde die Personalkosten für viele Leute erbringen, die für die Kontrolle eingestellt werden. Die Ortsvorsteherin antwortet, dass der abgesetzte Punkt in der Februarsitzung behandelt werden wird. Das Ordnungsamt erarbeite derzeit eine Stellungnahme, in der alle Anregungen, Prüfergebnisse und verkehrsrechtlichen Entscheidungen dargestellt werden. Außerdem sei eine Informationsveranstaltung unter Anwesenheit der Fachleute und einem Moderator geplant.
- c) Ein anderer Einwohner informiert, dass er den 1. Malerdorflauf in Grötzingen organisiere. Er würde sich über Rückhalt im Ort und Unterstützung durch Präsenz und Mitlaufen der Ortschaftsrätinnen und -räte freuen, da Grötzingen im Gegensatz zu den umliegenden Stadtteilen und Gemeinden bisher über keinen Lauf verfüge. Organisiert werde der Lauf

durch den DRK-Ortsverein und den Kreisverband. Der Erlös komme dem Kindernotarztwagen zugute, der ehrenamtlich betrieben werde. Der Lauf finde am 2.2.2020 von 11.33 Uhr bis 13.33 Uhr statt. Die Vorsitzende ergänzt, der Fastnachtsverband mache unter den Fastnachtern Werbung für die Veranstaltung und ermuntere zur Teilnahme. Jeder dürfe teilnehmen, so Herr Gräber weiter, und etwas für seinen Körper sowie den Zusammenhalt in der Gemeinschaft tun. Spenden müsse man nicht. Spenden könnten freiwillig zugunsten des Ortsvereinskontos geleistet werden, die dann weitergegeben würden. Die Sponsoren, die auf die Internetseite genommen wurden, hätten im Vorfeld ihre Unterstützung zugesagt. Die Ortsvorsteherin entschuldigt sich für diesen Tag und wünscht viele Teilnehmer und gutes Wetter.

**Zu Punkt 51 der TO: Pflegequalität Friedhof
(Interfraktioneller Antrag)**

Alle Fraktionen haben beantragt:

Grötzingen hat mit seinem Friedhof eine bemerkenswerte Anlage, auf die es stolz sein kann. Leider ist die Freude darüber in den letzten Jahren sehr getrübt. Immer wieder erreichen uns Klagen und wir sind mit der Pflegequalität der gärtnerischen Anlage nicht zufrieden. Nun haben die beiden Friedhofspfleger aus den Reihen des Ortschaftsrates auf die gravierendsten Mängel hingewiesen und sie gegenüber der Verwaltung klar benannt. Einige Missstände sind nicht hinnehmbar und nicht mit dem Anspruch an einen würdigen Ort vereinbar. Aufgrund der fehlenden Ressourcen ist auf längere Sicht keine Verbesserung zu erwarten.

Deshalb stellen die Fraktionen den Antrag:

Die Ortsverwaltung sorgt dafür, dass der Grötzingener Friedhof in einen würdigen Zustand gebracht und gehalten wird und beantragt die dazu erforderlichen Ressourcen.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Ab Januar 2020 werden die benötigten personellen und maschinellen Ressourcen genauer untersucht. Das Personalamt plant 2020 eine Organisationsuntersuchung aller Stadtteilmfriedhöfe, bei der auch die benötigten personellen Ressourcen ermittelt werden sollen.

Über die Ergebnisse wird der Ortschaftsrat zu gegebener Zeit in Kenntnis gesetzt.

Seit Ende 2015 befindet sich die Ortsverwaltung mit dem Personalamt im Austausch, um die Personalsituation zu bemessen. Auf erneute Veranlassung der Ortsverwaltung Grötzingen fand am 16. September 2019 eine gemeinsame Begehung des Friedhofes der Ortsverwaltung Grötzingen (Frau Ortsvorsteherin Eßrich und Herrn Ortsbaumeister Müller), den neuen Friedhofspflegerinnen Frau Ortschaftsrätin Jäger u. Herrn Ortschaftsrat Fischer sowie Herrn Vogel vom Friedhofs- und Bestattungsamt statt. Dabei ging es insbesondere um den derzeitigen Pflegezustand, der mittlerweile von mehreren Grötzingern beanstandet wird.

Der Friedhof in Grötzingen wird von der Ortsverwaltung Grötzingen personell betreut. Unterstützt wird der Mitarbeiter, der ausschließlich auf dem Grötzingener Friedhof seine Arbeitsstätte hat, durch das Friedhofs- und Bestattungsamt und den Bauhof Grötzingen.

Der gärtnerische Pflegeaufwand für den Stadtteilstadtfriedhof nahm in den letzten Jahren, insbesondere durch folgende Tatsachen, erheblich zu:

1. Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden.
2. Zunahme an freien Grabstätten, die punktuell zwischen den belegten Gräbern sich befinden.

In der Vergangenheit wurde der Friedhofsgärtner sporadisch durch Mitarbeitende des Bauhofes unterstützt bzw. durch die Ableistung von gerichtlich festgesetzten Sozialstunden, die insbesondere im gärtnerischen Bereich erfolgten. Ebenso ist die maschinelle Unterstützung durch das Friedhofs- und Bestattungsamt sporadisch möglich.

Wie schon bei der Begehung vor Ort dargelegt, kann der derzeitige Pflegezustand in Zukunft nur dauerhaft verbessert werden, wenn dem Mitarbeiter vor Ort für Pflegearbeiten auch hierfür ausreichende zeitliche Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bedarf es einer ernsthaften Aufgabenkritik entsprechend der von der Ortsverwaltung in Grötzingen dargestellten Tätigkeiten. Im Dezember 2019 teilte die Organisationsabteilung des Personal- und Organisationsamtes mit, dass es ab 2020 eine genauere Überprüfung der Arbeitsbemessung – auch in Abstimmung mit dem Friedhofs- und Bestattungsamt – geben wird. Ab 2020 ist eine generelle Organisationsuntersuchung aller Stadtteilstadtfriedhöfe der Stadt Karlsruhe geplant.

Ebenso sollte zur Sicherstellung der notwendigen zeitlichen Ressourcen auf dem Friedhof in Grötzingen eine Optimierung der Zuständigkeits- und Aufgabenwahrnehmungsbereiche zwischen Ortsverwaltung und dem Friedhof sowie dem Bauhof in Grötzingen und dem Friedhofs- und Bestattungsamt angestrebt werden.

Über die Ergebnisse der Untersuchung sowie der Gespräche wird die Ortsverwaltung den Ortschaftsrat auf dem Laufenden halten.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Jäger erklärt für die Fraktionen und als Friedhofspflegerin, dass der Zustand des Friedhofs schon mehrfach bemängelt wurde. Nach dem Eingemeindungsvertrag sei die Unterhaltung und Ausgestaltung der Benutzung des Friedhofs dem Ortschaftsrat zur selbstständigen Entscheidung übertragen.

Deshalb hätten die Fraktionen den Antrag gestellt, damit sich die Ortsverwaltung um die Ressourcen, z. B. Maschinen und Personal, bemühe. Hinsichtlich Personals spiele das Personalamt eine zentrale Rolle. Was das Personal angeht, müsse sich Grötzingen nicht den Standards der Stadt unterwerfen, zumal es keine gebe. Vielleicht ließe sich das eine oder andere punktuell verbessern, wenn die Ortsverwaltung mehr ein Auge auf den Friedhof werfe. Gegebenenfalls könnten im Bauhof andere Prioritäten gesetzt werden. Es sei klar, dass der gärtnerische Aufwand durch Verzicht auf Herbizide höher geworden ist. Andererseits gebe es einige ältere Grabfelder mit einzelnen Gräbern, die sehr verkrautet und vermoost seien. Hier habe Herr Vogel, Leiter des Friedhofs- und Bestattungsamtes, bei der letzten Begehung bedenklich den Kopf geschüttelt. Das Feld 17 sei monatelang mit Aushub belagert gewesen, was inzwischen beseitigt wurde. Nach wie vor zu selten gereinigt würden die Flächen und der Weg hinter der Kapelle. Die Sanierung der Kriegsgräberanlage sei laut Herrn Vogel angezeigt. Dem wolle der Ortschaftsrat gerne folgen. Bei einer Reinigungsaktion der Steine würden sich auch Ortschaftsräte beteiligen. Herr Becker habe bei der Begehung angegeben, dass er die Bodendecker bei den Gräbern der polnischen Zwangsarbeiter in eine Rasenfläche umwandeln möchte. Die

Fraktionsvorsitzenden hätten sich für die Belassung der Bodendecker ausgesprochen. Beim Gedenken am Volkstrauertag sei die Qualität des Mikrofons bemängelt worden. OSR Jäger regt die Anschaffung eines Mikrofons mit Popschutz an, so dass keine Rückkopplungen entstehen könnten.

OVS Eßrich antwortet, sie habe die Anregungen für den Haushaltsplan aufgenommen. OSR Fischer betont, der Friedhof sei ein Aushängeschild der Gemeinde. Er hoffe, die Ortsverwaltung bleibe an dem Thema dran. Seines Erachtens sollte sich 2020 ersichtlich etwas ändern. Der Friedhofsgärtner sollte zumindest vor speziellen Feiertagen personell unterstützt werden.

OSR Hauswirth-Metzger ergänzt, der Ortschaftsrat erkläre sich bereit, in Notsituationen oder, wenn etwas dringend erledigt werden müsste, bei der Pflege des Friedhofs mitzuhelfen.

OSR Kränzli fragt, wann ein Ergebnis der Untersuchung „ab Januar“ vorliegen werde und ob schon kurzfristige Pflegemaßnahmen auf dem Friedhof geplant seien. Es könne nicht abgewartet werden, bis alle Friedhöfe in Karlsruhe untersucht worden sind.

Die Vorsitzende informiert ergänzend zur Stellungnahme, dass die Ortsverwaltung mit dem Pflegezustand ebenfalls nicht zufrieden ist und bereits seit 2015 mit dem Personal- und Organisationsamt in Kontakt steht, um mehr Personal zu erhalten. Herr Vogel habe inzwischen zumindest erreicht, dass alle Stadtteilstädte Friedhöfe in Karlsruhe untersucht werden, um einen einheitlichen Qualitätsstandard sowie die adäquate Personalausstattung zu erlangen. Der Friedhof sei ein Aushängeschild und bringe zum Ausdruck, wie würdig man mit den Toten umgehe und an manchen Stellen sei es nicht mehr würdig. Das müsse abgestellt werden.

Der Ortschaftsrat könne versichert sein, dass die Ortsverwaltung alles ausreize, was mit den aktuellen Maschinen- und Personalressourcen möglich ist. Sie möchte im Februar oder März zum Thema Bauhoftätigkeiten, Standards und Prioritäten im Gremium berichten. Die Untersuchung werde auf Mai/Juni dieses Jahres verschoben, da im Mai die Personalleiterin die Ortsverwaltung verlasse, ein neuer Bauhofleiter kommen und bis dahin hoffentlich auch eine neue Stelle geschaffen werde, die Herrn Müller unterstützt. Spätestens dann wolle man sich insgesamt als Ortsverwaltung betrachten, welche Aufgaben erledigt werden, welches Personal man dafür benötigt, wo effizienter gearbeitet werden könnte und ob die Aufgaben noch richtig auf die einzelnen Abteilungen zugeordnet sind. Hierfür sei man leider auch auf andere Ämter angewiesen.

Derzeit stehe man hinsichtlich des Friedhofs mit dem Personal- und Organisationsamt in einem Dissens, was den Personalbedarf angeht, so die Ortsvorsteherin. Die Zahlen habe man abgeliefert. Sie bedankt sich für die zugesagte Unterstützung des Ortschaftsrates für einen Grünpflegeeinsatztag.

OSR Fettig bewegt die Frage, warum sich der Pflegezustand im Ort seit 2002 erheblich verschlechtert habe, obwohl seit 2002 an der Fläche Grötzingens nahezu gleichgeblieben sei. Er fragt nach den Gründen. OVS Eßrich antwortet, zum einen dürfe kein Glyphosat mehr eingesetzt werden und andererseits habe die Dokumentationspflicht im technischen Bereich, auch im Bauhof, enorm zugenommen. Vor einigen Jahren musste auch Personal abgebaut werden, was nach und nach zwar rückgängig gemacht wurde, aber dadurch sei der Bauhof in Rückstand und die anderen Dinge im Laufe der Zeit dazu gekommen.

Zu Punkt 52 der TO: Abgesetzt

**Zu Punkt 53 der TO: Erschwertes Einfädeln von der Augustenburgstraße
In die B 10: „Einfach mal ausprobieren“
(Interfraktioneller Antrag)**

Die Ortschaftsratsfraktionen haben beantragt:

In dem Artikel „Fußgänger gewinnen an Bedeutung“ in den BNN vom 30.10.2019 wird Herr Oberbürgermeister Mentrup zur Bedeutung von zeitlich begrenzten Eingriffen im Verkehr zu Testzwecken zitiert:

Auszug:

.....Auch dem Ansatz „Einfach mal ausprobieren“ kann er viel abgewinnen. Bisher fließe viel Geld in Simulationen oder gar Umbauten. Dabei liefere eine zeitlich beschränkte Testphase die eindeutigste Antwort. Mentrup kann sich vorstellen, über das Reallabor hinaus bei viel diskutierten Verkehrsfragen mit den Wissenschaftlern zusammenzuarbeiten. „Dann aber andersrum“, sagt er. Sein Vorschlag: Die nördliche Karlstraße wird im Sommer drei Monate lang für Autos gesperrt. „Das könnte die Hochschule wissenschaftlich begleiten.“

Entsprechend des Vorschlags von Oberbürgermeister Mentrup wäre ein probeweises Erschweren des Einfädelns von der Augustenburgstraße auf die aus dem Tunnel kommende B10 in Grötzingen ein unter Realbedingungen durchgeführter Test, um den Umgehungsverkehr durch Grötzingen zu verhindern.

Dieser Test ließe sich mit einfachen Mitteln realisieren, wie sie mehrfach vorgeschlagen wurden:

- Eine Baustellenampel als Pförtnerampel würde die von der Augustenburgstraße kommenden Autofahrer ausbremsen.
- Eine durch Barrieren veränderte Straßenführung (keine Reißverschluss-Spur mehr) würde das Einfädeln erschweren und die Tunnelfahrer bevorzugen.

Beide Maßnahmen zielen darauf ab, den täglichen Pendlern zu verdeutlichen, dass eine Fahrt durch den Grötzinger Tunnel wesentlich einfacher und schneller zum jeweiligen Ziel führt. Für die Bewohner der Augustenburgstraße und der angrenzenden Wohnstraßen wäre damit eine große Verbesserung der Lebensqualität erreicht.

Außerdem könnten sich im Laufe der Testphasen gegebenenfalls weitere Lösungsmöglichkeiten auf tun.

Wir beantragen:

Die Ortsverwaltung setzt sich dafür ein, dass an dem oben beschriebenen Verkehrspunkt eine Testphase im Sinne eines Reallabors für „Erschwerte Einfädelung“ durchgeführt wird.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Kurzfassung:

Verkehrsversuche können nur in dem durch die Straßenverkehrsordnung zulässigen Rahmen durchgeführt werden.

Die Einrichtung einer Pförtnerampel wurde von der Verwaltung und den übergeordneten Behörden einschließlich des Verkehrsministeriums geprüft und rechtlich als nicht zulässig erachtet. Ein Verkehrsversuch ist daher nicht möglich.

Die Aufrichtung der Einmündung und somit ein erschwertes Einfädeln von der Augustenburgstraße auf die Bundesstraße 10 wurde ebenfalls geprüft. Da jedoch Zweifel an der Wirksamkeit dieser Lösung bestanden, wurde sie abgelehnt.

Das Stadtplanungsamt erarbeitet derzeit eine neue Planung für die Aufrichtung und prüft, ob diese im Rahmen eines Verkehrsversuchs erprobt werden kann. Sämtliche Maßnahmen in diesem Bereich bedürfen jedoch der Zustimmung des Regierungspräsidiums Karlsruhe als Straßenbaulastträger der Bundesstraße 10. Nur mit dieser Zustimmung kann ein Verkehrsversuch erfolgen.

Ergänzende Erläuterungen:

Verkehrsversuche können durchgeführt werden, um verkehrsregelnde oder verkehrssichernde Maßnahmen im Rahmen der Straßenverkehrsordnung zu erproben. Die Installierung einer Pförtnerrampe stellt ein „faktisches“ Verkehrsverbot dar. Die Anordnung eines Verkehrsverbots setzt eine besondere örtliche Gefahrenlage voraus. Eine solche Gefahrenlage liegt an dieser Örtlichkeit derzeit nicht vor. Die Einrichtung einer Pförtnerrampe wäre daher auch als Verkehrsversuch nicht zulässig, da die Voraussetzungen der Straßenverkehrsordnung nicht vorliegen.

Die Aufrichtung der Einmündung Augustenburgstraße auf die Bundesstraße 10 im Bereich des Einfädelungstreifens wurde ebenfalls bereits geprüft. Es bestehen Zweifel, dass der gewünschte Effekt einer deutlich schnelleren Fahrt durch den Grötzingertunnel, im Vergleich zur Augustenburgstraße, tatsächlich mit dieser Maßnahme erzielt werden kann. Es ist davon auszugehen, dass bei Stau dennoch das Reißverschlussverfahren angewandt wird. Dadurch käme es nicht zu der gewünschten zeitlichen Verzögerung am Einmündungsbereich für die Fahrzeuge aus der Augustenburgstraße. Die Maßnahme wurde aus diesem Grund abgelehnt.

Das Stadtplanungsamt fertigt derzeit eine neue Planung für die Aufrichtung der Einmündung an. Da die Augustenburgstraße bei Tunnelsperrungen als Umleitungsstrecke dient, muss jedoch sichergestellt sein, dass diese Einmündung auch vom Schwerlastverkehr genutzt werden kann.

Zudem würde sich die Aufrichtung einer Einmündung lediglich dann als Verkehrsversuch eignen, wenn kein Eingriff in die Umgebung wie beispielsweise das Fällen von Bäumen erforderlich ist.

Nach Ausfertigung des Planes wird dieser nochmals dem Regierungspräsidium vorgelegt. Über den Ausgang dieser Prüfung wird die Ortsverwaltung Grötzingen vom Ordnungs- und Bürgeramt informiert.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Dr. Vorberg erläutert den Antrag und sagt, es gehe darum, wie man den Verkehr von der Augustenburgstraße in den Tunnel bekomme. Ein Vorschlag war eine von einem Bürger angeregte Pförtnerrampe, die verkehrsrechtlich nicht möglich sei und daher abgelehnt wurde. Da gegen Verkehrsrecht nicht anzugehen ist, ist der Vorschlag vom Tisch.

Ein weiterer Vorschlag war das Aufstülpen der Auffahrt von der Augustenburgstraße in die B 10, wodurch das Reißverschlussverfahren zugunsten der aus dem Tunnel kommenden Verkehrsteilnehmer ausgehebelt werden soll. Auch dies wurde zunächst abgelehnt, jedoch möchte das Stadtplanungsamt den Sachverhalt nochmals und auch die Möglichkeit eines Verkehrsversuchs prüfen. Das werde von den Fraktionen begrüßt.

OSR Dr. Vorberg sagt weiter, ihre Fraktion habe erfahren, dass man in der Baustelle in der Jöhlinger Straße in Weingarten durchfahren könne und aktuell keine Aktivitäten dort stattfänden. Sie fragt, ob es einen Zeitplan für diese Baustelle gebe und ob man im Zeitplan

sei. Außerdem sollte geprüft werden, wenn keine Bautätigkeiten stattfinden, ob die Baustelle aufgehoben und zumindest ein Teil des Verkehrs dort durchgeleitet werden könnte. Dies würde den Verkehr auf der Augustenburgstraße entlasten, denn die Weingartener Baustelle habe das Problem in Grötzingen verschärft.

OVS Eßrich erklärt, dass ein Zeitplan für die Weingartener Baustelle vorhanden ist und ihr noch eine Restbauzeit von knapp zwei Jahren im Kopf sei. Die Ortsverwaltung könne gerne nachfragen, ob die Baustelle im Zeitplan ist.

Hinsichtlich der Aufstülpung der Augustenburgstraße liege noch kein Ergebnis vor. Aber selbst wenn die technische Möglichkeit gegeben wäre, müsse das Regierungspräsidium als höhere Verkehrsbehörde dies auch genehmigen. Insofern hoffe sie auf eine positive Entscheidung. Es werde auch geprüft, welche Auswirkungen die Ampel am Grenzweg auf den Verkehrsfluss hat. Das sei zwar eine Entscheidung der Gemeinde Pfinztal. Trotzdem habe die Stadt Karlsruhe angeboten zu untersuchen, welche Auswirkung diese Ampel auf die Stauentwicklung in Grötzingen hat und ob es eventuell Möglichkeiten einer zumindest zeitweisen Abschaltung dieser Ampel oder Bau einer behelfswisen Fußgängerbrücke über die B 10 bis die Umgehung Berghausen komme. Sie informiert, dass es eine Informationsveranstaltung geben werde, wenn alle Ergebnisse vorlägen.

OSR Schönberger bemängelt, dass in der Stellungnahme keinerlei Termine zur Planung des Stadtplanungsamtes für die Aufstülpung und zur Prüfung genannt werden, ob die Planung im Feldversuch ausprobiert werden könne. Er möchte nicht die zeitlichen Dimensionen von „Junge Halden“ erleben. OVS Eßrich erklärt, sie bleibe an dem Thema dran.

OSR Schuhmacher merkt an, vorhin habe man gehört, dass das Stadtplanungsamt sehr beschäftigt sei. Diese Dienststelle mache sich jetzt die Arbeit mit der Planung und lege diese später dem Regierungspräsidium vorher. Die Herangehensweise halte er jedoch für schildbürgerhaft. Wenn das Regierungspräsidium die Planung des Stadtplanungsamtes ablehne, wäre die dortige Arbeit umsonst gewesen. Er fragt, warum sich die Ämter nicht vorher abstimmen, ob ein solcher Plan Erfolgsaussichten habe.

OVS Eßrich informiert, diese Prüfung sei mit dem Regierungspräsidium in einem Gespräch im Dezember, bei dem sie anwesend war, abgestimmt worden. Sie habe ausdrücklich darum gebeten, diese Aufstülpung zu prüfen. Es gebe mehrere Möglichkeiten der Aufstülpung. Die Stadt werde aber auch nicht alle Varianten mitmachen, zum Beispiel lehne sie das ab, wenn bauliche Veränderungen notwendig wären, zum Beispiel Bäume gefällt werden müssten. Die Vertreter des Regierungspräsidium hätten die Angelegenheit spontan zwar nicht sehr begrüßt, wollten aber nicht sofort ablehnen und haben das Stadtplanungsamt beauftragt, diese Planung vorzulegen. Sie unterstelle, dass man sich dort mit dem Verkehrsministerium abstimmen werde, da im Regierungspräsidium die politische Brisanz der Angelegenheit bekannt sei.

OSR Dürr hält die Ampel am Grenzweg, die im Landkreis liegt, für einen der Hauptübeltäter, auf den der Ortschaftsrat keinen Einfluss habe. Der Oberbürgermeister habe zugesagt, er würde sich für die Sache einsetzen. Die SPD-Fraktion habe über ihren Abgeordneten eine kleine Anfrage im Landtag gestellt und hoffe, dass dadurch wieder Bewegung in die Angelegenheit komme.

Ihn störe aktuell, so OSR Dürr weiter, der jeweilige Standort der Kästen für die Verkehrszählung und Geschwindigkeitsmessungen, die von der Verkehrsbehörde in der Staigstraße vor dem Zebrastreifen und vor einer Einmündung in die Karl-Martin-Graff-Straße aufgehängt wurden. An diesen Stellen würden alle Verkehrsteilnehmer langsam

fahren. Weiter vorne bzw. weiter oben nähmen die Leute Fahrt auf, so dass sich diese Standorte besser eignen.

OVS Eßrich informiert, dass die Standorte bereits moniert wurden. Die Kästen zählten jedoch nicht die Geschwindigkeit, sondern die für die gesamte Strecke notwendige Zeit. Derzeit werde die Zeitdauer durch den Tunnel wie auch die Zeit gemessen, die man über die Augustenburgstraße benötigt.

Wenn alle Informationen vorliegen, so die Vorsitzende, werde es eine Informationsveranstaltung geben.

**Zu Punkt 54 der TO: Digitale Anzeige für Bushaltestellen Bahnhof Grötzingen und Grötzingen Nord
(Antrag der SPD-Fraktion)**

Die SPD-Fraktion hat geschrieben:

Von Bürgerinnen und Bürger wird das Fehlen einer Information zu den aktuellen Busabfahrzeiten an der Bushaltestelle Bahnhof Grötzingen bemängelt. Immer wieder kommt es auf Grund von Verkehrseinflüssen (Stau) oder „betriebsbedingt“ zu Verspätungen oder Ausfällen . Hier wäre eine digitale Anzeigetafel entsprechend der Bushaltestellen Endstation Turmberg bzw. Schlossplatz Durlach als Information für die Fahrgäste hilfreich.

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) rüstet die Haltestellen Bahnhof Grötzingen und die Endhaltestelle Grötzingen-Nord mit einer digitalen Bus-Anzeige aus.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die VBK und AVG befinden sich derzeit im Ausbau der dynamischen Fahrgastinformationsanzeiger. Bis ca. 2023 sollen die meisten der Schienenthaltepunkte und ausgewählte Bushaltestellen mit den bekannten gelben LED-Anzeigetafel ausgestattet sein. Im Zuge dieses Ausbaus wird auch die Bushaltestelle am Bahnhof Grötzingen einen Fahrgastinformationsanzeiger erhalten.

Für die Bushaltestelle Grötzingen Nord ist dies dagegen wegen der beschränkten Anzahl von Linien nicht vorgesehen.

Zudem können schon seit langem unter www.kvv.de für alle Haltestellen der Abfahrtsmonitor mit Echtzeitdaten abgerufen werden.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Siegrist zeigt sich von der äußerst knappen Darstellung des Sachverhaltes durch die KVV nicht begeistert. Die wenigen Zeilen hält er für respektlos und inhaltlich für unbefriedigend. Für ihn sei nicht akzeptabel, dass bis 2023 nur an ausgewählten Bushaltestellen mit mehreren Linien wie dem Bahnhof Grötzingen Fahrgastinformationsanzeiger angebracht werden. Da Richtung Durlach nur eine Linie verkehrt, befürchtet er, am Bahnhof in diese Richtung keinen Anzeiger hingestellt zu bekommen. Hier werde man nachhaken müssen. Wie mit öffentlichen Nutzern des öffentlichen Nahverkehrs umgegangen werde, sei nicht akzeptabel. Die abschließende Bemerkung, dass die KVV-App aufs Handy heruntergeladen werden kann, sei der älteren Bevölkerung in Grötzingen nicht zuzumuten.

OSR Daubenberger teilt mit, in seiner Arbeitsumgebung bei Fa. Init würden solche Anzeiger hergestellt, zwar nicht direkt für die KVV, aber bis ein solcher Anzeiger steht, seien ca. 30.000 Euro aufzuwenden. Er könne die KVV verstehen, dass daher nicht an allen Bushaltestellen solche Anzeiger aufgestellt werden sollen, weil ansonsten die Fahrkartenpreise drastisch erhöht werden müssten. Richtung Durlach sei seines Erachtens ein Anzeiger auch nicht notwendig, weil der Bus hundertprozentig pünktlich sei. Zudem hänge an jeder Haltestelle zusätzlich ein Fahrplan. Er sei damit zufrieden, dass ein Anzeiger am Bahnhof aufgestellt werden soll.

OVS Eßrich regt an, sich an die Gemeinderäte zu wenden, die im Aufsichtsrat der KVV/AVG sitzen, die auch darüber entscheiden, wieviel Geld den KVV zur Verfügung gestellt werde. Auf Vorschlag von OSR Hauswirth-Metzger wird getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt einstimmig, dass die Haltestelle Bahnhof mit einem Fahrgastinformationsanzeiger ausgestattet werden soll.

Das Gremium lehnt eine Ausstattung der Haltestelle Grötzingen Nord mit 13 Nein- bei 5 Ja-Stimmen ab.

Zu Punkt 55 der TO: Sachstand Bebauungsplanänderung „Junge Hälden“ (Antrag der CDU-Fraktion)

Die CDU-Fraktion hat geschrieben:

Die CDU-Fraktion beantragt einen Sachstandsbericht zur Bebauungsplanänderung „Junge Hälden“.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Als nächster Verfahrensschritt steht die zweite öffentliche Auslegung an. Hierzu bedarf es keines erneuten Auslegungsbeschlusses.

Die Überarbeitung des Bebauungsplanentwurfs befindet sich derzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Über die betreffenden Themenkreise wird mündlich berichtet. Anschließend kann die öffentliche Auslegung erfolgen.

Wie dem Ortschaftsrat bereits am 5. Juni 2019 in öffentlicher Sitzung mitgeteilt wurde, befindet sich das Verfahren vor der erneuten öffentlichen Auslegung. Der Ortschaftsrat wurde ebenfalls darüber informiert, dass es hierzu keines erneuten Auslegungsbeschlusses bedarf.

Die Überarbeitung des Bebauungsplanentwurfs befindet sich derzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Da die finalen Rückmeldungen noch ausstehen, wird hierzu mündlich berichtet.

Bei den späteren Beratungen zum Satzungsbeschluss wird der Bebauungsplanentwurf - zusammen mit den in beiden öffentlichen Auslegungen eingegangenen Stellungnahmen - dem Ortschaftsrat und dem Gemeinderat vorgelegt.

Behandlung im Ortschaftsrat:

Frau Bickert, Stadtplanungsamt, führt nach Begrüßung durch die Vorsitzende aus, dass der Bebauungsplanentwurf bereits 15 Mal im Ortschaftsrat Thema gewesen und jede Behandlung mit Mühen verbunden sei. Obwohl es sich um einen kleinen Bebauungsplan mit wenigen Gebäuden handelt, sei das Verfahren aufwändig, da er schon von Anfang an umstritten gewesen sei. Sie erläutert die einzelnen Schritte seit Beginn des Verfahrens. 2015 sei eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt worden. Das Verfahren laufe schon einige Jahre in Priorität 1, sei aber nicht das einzige Verfahren. Derzeit liefen 130 Verfahren. Sie habe seit Ende 1988 etwa 40 ganz unterschiedliche Bebauungsplanverfahren abgeschlossen. Die Verfahren konkurrierten innerhalb des Amtes auch hinsichtlich der Größe. Die Angelegenheiten würden komplexer und aufwändiger. Aktuell gebe es im Amt fünf Verfahrensbetreuer, aber eine Person falle wieder weg. Der Entwurf sei wegen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt überarbeitet worden (Energiekonzepte und Photovoltaik). Ebenso sei die Regelung zu Nebenanlagen (Fahrradstellplätze) infolge einer Änderung der Landesbauordnung modifiziert worden; außerdem hinsichtlich Dachbegrünungen im Konflikt zur Photovoltaik. Mit dem Gartenbauamt seien die Baumarten diskutiert worden. Das Amt habe auch versucht, in Vorgärten Schottergärten auszuschließen. Allgemein handle es sich um vorgenommene Anpassungen und alle Mitarbeiter im Amt hätten mehr zu tun, als sie tatsächlich schaffen könnten.

OSR Siegele kritisiert, dass der Ortschaftsrat alle sechs Monate zum Sachstand zurückfrage, und jedes Mal werde mitgeteilt, dass nichts passiert ist. Es gebe heute keinerlei Information, wie es weitergehe, wann die öffentliche Auslegung erfolge, wann Fällungen geplant seien. Bauwillige Bürger kämen in die Ortschaftsratssitzung und müssten ohne Information zu einer Perspektive wieder gehen. So könne man mit den Bürgern nicht umgehen. Er habe Verständnis dafür, dass es ein kleiner Bebauungsplan ist, aber keines dafür, dass es nicht zu schaffen sein soll, knapp 20 Grundstücke umzulegen. Da seien Statements zu Wohnungsmangel in der Stadt nur Sonntagsreden.

Im Rat müsste überlegt werden, wie man das Stadtplanungsamt unterstützen könnte, gegebenenfalls über eine Untätigkeitsklage, damit der Bebauungsplanentwurf von Priorität 1 auf 1 A komme.

OSR Jäger fragt, ob es einen Termin für die Auslegung gebe. Frau Bickert antwortet, das könne sie nicht prognostizieren. Der Entwurf sei vom Stadtplanungsamt fertig-gestellt und innerhalb der Verwaltung abgestimmt. Der Zentrale Juristische Dienst werde den Entwurf prüfen und, wenn er auslegungsfähig sei, die Veröffentlichung im Amtsblatt veranlassen.

OSR Schuhmacher sagt, er könne die CDU-Fraktion nur unterstützen. Die heutigen Ausführungen seien kein Sachstandsbericht. Frau Bickert habe nur erklärt, wie ein Bebauungsplanverfahren ablaufe und dass schon mehrere Male zum Thema gesprochen wurde. Der Ortschaftsrat sei in der Regel getröstet worden. Ihn interessiert, an welchem Punkt der Bebauungsplan im Verfahren stehe, was der nächste Schritt sei und wann der getan werde. Frau Bickert antwortet, dass der Bebauungsplan in der Auslegung war, daraufhin Einspruchsschreiben eingegangen sind und Gutachten geändert wurden, der Plan überarbeitet und innerhalb der Ämter abgestimmt wurde. Der ZJD müsse nun prüfen, ob alles seinen Standards für eine öffentliche Auslegung entspricht.

OVS Eßrich fasst die Aussagen von Frau Bickert zusammen und betont, dass es sich zwar innerhalb der Stadt um einen kleinen Bebauungsplan handelt, dieses kleine Baugebiet für Grötzingen aber sehr von Interesse sei. Sie erklärt, es könnte relativ schnell gehen, falls der Zentrale Juristische Dienst keine Bedenken haben sollte. In diesem Fall, so ihre Hoffnung, wäre ein weiterer Antrag auf Sachstandsmitteilung nicht mehr erforderlich.

OSR Schuhmacher bittet, den nächsten Schritt der Ortsverwaltung und dem Ortschaftsrat weiterzugeben, damit Bürgern Auskünften gegeben werden könnte.

OSR Dürr greift die Aussage von Frau Bickert hinsichtlich Komplexität der Verfahren und Überlastung der Verwaltung auf und regt an, private Planungsbüros einzuschalten. Frau Bickert informiert, ganz viele Bebauungspläne würden extern bearbeitet, zum Beispiel alle vorhabenbezogenen Bebauungspläne. Aber auch in diesen Fällen habe ihre Dienst-stelle fast denselben Aufwand.

OSR Ritzel äußert sein Unverständnis dafür, dass es nicht vorangehe. In der Stadt fehlten über 400 Mitarbeiter. Von Seiten der Ortschaftsräte müsse eingefordert werden, dass sich etwas ändert. So könne es nicht weitergehen.

OVS Eßrich bittet die Fraktionen, sich an die Gemeinderatsfraktionen zu wenden. Der Gemeinderat entscheide als Souverän im April über neue Stellen. Die Verwaltung habe den Bedarf geprüft und als gegeben bestätigt.

Zu Punkt 56 der TO: Abgesetzt

**Zu Punkt 47 der TO: Parkplatzmarkierung im Bereich des Bahnhofs Grötzingen
(Anfrage der SPD-Fraktion)**

Die SPD-Fraktion hat geschrieben:

Derzeit wird im Parkplatzbereich des Bahnhofes Grötzingen teilweise bis unmittelbar an die Schallschutzwand geparkt, teilweise wird auch das Parken in den nicht mehr erkennbaren Parkmarkierungen vor dem Bahnsteig 1 nicht korrekt eingehalten. Fußgänger sind dadurch gezwungen, stellenweise auf die Straße zu treten, was speziell in der dunklen Jahreszeit riskant ist.

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

- a) wann werden die Markierungen der öffentlichen PKW-Stellplätze am Bahnhof Grötzingen erneuert?.
- b) welche weiteren Maßnahmen können ein Zuparken des Fußgängerweges verhindern?

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

a) Wann werden die Markierungen der öffentlichen PKW-Stellplätze am Bahnhof Grötzingen erneuert?

Der Parkplatzbereich und der daran angrenzende Gehweg liegen auf einem Niveau. Da die Untergrundbeläge der Park- und Gehwegflächen flächenmäßig sehr unterschiedlich und alt sind, muss die Markierung in kürzeren Abständen erneuert werden.

Die nächste Nachmarkierung kann im Frühjahr 2020 erfolgen. Als zusätzliche Markierung erfolgt eine Sperrfläche am Ende der Stellplätze, um einen Sicherheitsraum zum Gehweg zu verdeutlichen.

b) Welche weiteren Maßnahmen können ein Zuparken des Fußgängerweges verhindern?

Eine generelle Verbesserung kann nur durch einen Neubau der Flächen mit einem

Höhenversatz zum Gehweg erreicht werden.

Eine Finanzierung wäre aus den IP-Mitteln der Ortsverwaltung Grötzingen möglich.

Zu Punkt 58 der TO: Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Die Ortsvorsteherin gibt bekannt, dass der Ortschaftsrat Grötzingen aus Erbschaftsmitteln für Grötzingen bewilligt hat:

- a) die Anschaffung eines Slalom-Trainers in Höhe von 8.092 €
- b) die Anschaffung einer Sitzgelegenheit mit Sonnendach in Höhe von 12.852 €
- c) die Ko-Finanzierung für ein Projekt der Augustenburg Gemeinschaftsschule „GemüseAckerdemie“ in Höhe von 500 €

Zu Punkt 59 der TO: Bauanträge

- a) Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses**
Flurstück 1879 / 2
Gustav-Hofmann-Straße 22

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich. Somit findet § 34 BauGB Anwendung.

Die vorgeschriebenen Abstandsflächen wurden berücksichtigt und werden eingehalten.

Die vorgesehene Maßnahme fügt sich in der Art, dem Maß der Nutzung und der Bauweise in die vorhandene Bebauung ein.

Der Spielplatz zwischen beiden Gebäuden wird mit einer Stützwand bis Oberkante Terrasse abgesichert.

Beschlussvorschlag:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag zu

Behandlung im Ortschaftsrat:

Auf die Frage von OSR Tamm, was sich genau geändert habe, teilt Herr Müller mit, dass sich die Massivbauweise geändert habe, aber weiter im Wesentlichen nichts. Der Ausguck sei weggefallen.

OSR Ritzel fragt, ob über die Zustimmung Einfluss auf die Gestaltung des Gehwegs genommen werden könne. Herr Müller antwortet, der Gehweg sei durch die erste Baumaßnahme gesperrt und beschädigt worden. Der Gehweg werde durch die neue Baumaßnahme wieder benutzt und weiter beschädigt. Dieser könne daher auch nicht freigegeben werden, da die Baumaßnahme kurz bevorstehe.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Vorhaben mit 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

- b) Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses**
Flurstück 1879
Gustav-Hofmann-Straße 22a

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich. Somit findet § 34 BauGB Anwendung. Die vorgeschriebenen Abstandsflächen wurden berücksichtigt und werden eingehalten. Die vorgesehene Maßnahme fügt sich in der Art, dem Maß der Nutzung und der Bauweise in die vorhandene Bebauung ein. Der Spielplatz zwischen beiden Gebäuden wird mit einer Stützwand bis Oberkante Terrasse abgesichert.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag mit 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Zu Punkt 6o der TO: Mitteilungen und Anfragen

a) Die Vorsitzende kommt auf die Dezember-Sitzung zurück, in der beschlossen wurde, dass für den Gartenbaubereich des Bauhofes Grötzingen die Ortsverwaltung verpflichtet ist, zum Ausgleich eines genehmigten oder eines nicht genehmigten bestandsmindernden Eingriffs bei städtischen Grundstücken mindestens eine, möglichst aber zwei Ersatzpflanzungen standortgerechter Gehölze vorzunehmen. Ebenso setzte sich der Ortschaftsrat für eine Anpassung der städtischen Baumschutzsatzung ein. Dies habe sie an das zuständige Dezernat weitergegeben.

Hierzu teilte die Bürgermeisterin mit, dass eine Änderung der Baumschutzsatzung derzeit nicht vorgesehen ist. Die vorgeschlagene Änderung im § 8 der Baumschutzsatzung, das "Kann" durch ein "Muss" zu ersetzen, wird als nicht notwendig und zielführend erachtet. Die Verwaltung habe mit dem geschriebenen "Kann" die Freiheit, die Auflagen an die jeweilige Örtlichkeit anzupassen und situationsgerechte Auflagen zu Ersatzpflanzungen festzusetzen. Dies werde auch jetzt schon regelmäßig praktiziert.

b) In der letzten Sitzung hatte OSR Schönberger im Rahmen der Behandlung der Kriminalitätsstatistik um die Zahlen vom Narrensprung gebeten, damit die Zahlen ins Verhältnis gesetzt werden könnten. Dazu teilte laut OVS Eßrich das Polizeirevier mit,

- 7 Körperverletzungsdelikte
- 2 mal Widerstand
- 2 sexuelle Belästigungen
- 7 Beleidigungen zum Nachteil von Polizeibeamten
- 8 sonstige Straftaten
- 2 Platzverweise wegen Ordnungswidrigkeiten nicht beachtet
- 1 Ordnungswidrigkeit wegen Pyrotechnik
- 24 Platzverweise

Vom DRK wurden 31 alkoholbedingte Einsätze verzeichnet. 25 Kräfte des Jugendschutzes waren im Einsatz. Diese führten insgesamt 594 Ansprachen durch. 30 Jugendliche wurden an ihre Eltern überstellt und fünf Mal musste das DRK hinzugezogen werden. Durch die Jugendschutzteams wurde in 109 Fällen Alkohol entsorgt. Der gemessene Höchstwert bei einem 16 Jahre alten, männlichen Jugendlichen betrug 2,36 Promille.

Daraus könne man ersehen, so die Ortsvorsteherin, dass die personelle Ausstattung notwendig ist. Im diesjährigen Sicherheitsvorgespräch wurde vereinbart, dass dieselbe

Stärke auch in diesem Jahr zur Verfügung gestellt und im Wesentlichen von der Hottschek Narrenzunft finanziert wird.

- c) Die Ortsvorsteherin führt aus, dass von der FDP zwei Anträge zum Pfinzradweg sowie der Querung der Oberausstraße vorlagen, ob bzw. wie eine Verbesserung erzielt werden könnte. Das Ordnungsamt hat nun geantwortet, dass dort keine Informationen über Beschwerden oder (abgelehnte) Maßnahmen vorlagen, weshalb das Stadtplanungsamt angehört wurde. Dieses hat darauf hingewiesen, dass die Strecke Teil des RadNETZes Baden-Württemberg sowie Radfernweg (Stromberg-Murratal-Radweg) ist und eine Hauptradroute ins Pfinzthal darstellt. Dort habe man bereits in der Vergangenheit Hinweise erhalten, dass der Weg zu schmal bzw. die Stelle Gleisunterführung/verlängerter Tullaweg wegen des Versatzes unübersichtlich sei. Der dort stehende Pfosten sei bemängelt worden, aber es gebe keine Häufung von Beschwerden. Eine Verbesserung = Verbreiterung sei insbesondere in Gewässernähe voraussichtlich aufwändig. Je nach Maßnahme könne ein gewässerrechtliches Verfahren notwendig sein, weshalb beim Tiefbauamt nachgefragt werden müsste. Hinsichtlich der Querung der Oberausstraße teilte das Ordnungsamt mit, dass ein Fußgängerüberweg an dieser Stelle nicht möglich ist, da keine ausreichenden Sichtverhältnisse aufgrund der Kurve in der Unterführung sowie der Steigung von 6% gegeben seien. Entsprechend den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) muss der Fußgängerüberweg in einer Tempo 30 Zone mindestens 50 m zuvor erkennbar sein. Diese Voraussetzung wird jedoch nicht erfüllt.

Bauliche Maßnahmen, wie eine Querungshilfe in der Mitte der Fahrbahn, sind ebenfalls nicht möglich, da dann die nötige Restfahrbahnbreite nicht mehr gegeben wäre. Im Jahr 2002 wurde von der Verwaltung bereits der Vorschlag gemacht, eine unmittelbare Querung von der Haltestelle kommend durch feste Absperrung zu unterbinden und so die Querungsstelle etwa 15 m in Richtung Eisenbahnstraße zu verlegen. Dadurch wären bessere Sichtverhältnisse auf Fahrzeuge, die von der Unterführung kommen, gegeben. Dieser Vorschlag wurde jedoch vom Ortschaftsrat abgelehnt, da Bedenken bestanden, ob der Umweg angenommen wird.

Bisher wurden bereits von beiden Seiten Piktogramme "30" auf der Fahrbahn angebracht sowie das Verkehrszeichen "Achtung Fußgänger" (VZ 133-20) aufgestellt. Nach links ist gemäß einer Ortsbesichtigung die Sicht einwandfrei gegeben, sodass man, wenn frei ist, bis zur Mitte der Fahrbahn laufen kann und dann auch gute Sicht nach rechts in Richtung Unterführung hat.

Eine zusätzliche Verbesserung könne daher nur durch die bereits vorgeschlagene Absperrung und somit Verlegung der Querungsstelle erreichen.

OSR Weingärtner sagt, ihre Fraktion sei damit einverstanden gewesen, dass die Themen nicht ausdrücklich im Ortschaftsrat diskutiert werden. Sie weist darauf hin, dass oft von zu schnell fahrenden Radfahrern berichtet werde. Wenn die Experten keine anderen Vorschläge hätten, müsste die Situation so akzeptiert werden. Sie dankt für die Informationen.

- d) Die Vorsitzende weist auf folgende Termine hin:
 - 09.02.2020 Rathaussturm mit Narrengericht und Narrensprung

- 15.02.2020 Vernissage zur Ausstellung zum 10. Todestag von Stefan Holzmüller im Kunstfachwerk N 6.

Es handelt sich dabei schon fast um eine Stadtteilausstellung, so OVS Eßrich, da viele Einwohner Ihre Werke als Leihgabe oder Fotomotiv zur Verfügung gestellt haben.

- e) OSR Tamm kommt auf seine Anfrage aus der Novembersitzung zurück, ob auf der Staigbrücke noch die Ausweisung eines Fußgängerweges möglich wäre. Die Ortsvorsteherin antwortet, die Ortsverwaltung habe die Anfrage weitergegeben, aber noch keine Antwort erhalten.
- f) OSR Hauswirth-Metzger kommt auf die vorher behandelte SPD-Anfrage zu Parkplatzmarkierungen am Bahnhof zurück und regt an, statt einer in der Stellungnahme angesprochenen teuren Absenkung Katzenaugen oder etwas, das holpert, einzubauen.
- g) OSR Hauswirth-Metzger schlägt vor, nachdem die Baustelle an der Brücke über den Pfinzentlastungskanal noch nicht endgültig abgeschlossen ist, gleich im Anschluss an diese Arbeiten an der Brücke beidseits eine Markierung für Radfahrer entweder als roten Radweg oder zumindest als gestrichelten, überfahrbaren Bereich der Fahrbahn auszuweisen. Diese Markierung wäre sehr wünschenswert und angebracht.
- h) OSR Jäger sagt, ihre Fraktion habe einen Antrag zur Ausschreibung der Bauhofleiter- sowie der Stelle für den Infopoint der Ortsverwaltung gestellt und fragt, ob dazu eine mündliche Aussage erfolgen werde. Die Ortsvorsteherin antwortet, das werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen.
- i) OSR Pepper bittet um Abklärung, ob die für den Kulturbereich gestellten Anträge bei den im Frühjahr anstehenden Vorbereitungen für den neuen Haushaltsplan bereits in die vorgesehenen Budgets eingeflossen sind. Sie wisse von 20.000 Euro für die Kulturmeile, so die Ortsvorsteherin.
- j) OSR Daubenberger weist darauf hin, dass die Sperrfläche in der Schultheiß-Kiefer-Straße, die ein einwandfreies Einfahren des Busses sicherstellen soll, stark verblasst ist und erneuert werden sollte.
- k) OSR Kränzli äußert, ein Bürger habe sie angesprochen, dass er mit seiner Tonerkartusche bei der Wertstoffstation war und es dort hieß, er solle die Kartusche in einen bestimmten Container werfen. Als er den Deckel aufgemacht hat, sei er sehr erstaunt gewesen, dass dort verschiedenartigster Müll gesammelt wird. Nun befürchtet er, dass das überhaupt nicht getrennt werde. Sie wolle daher wissen, ob das Entsorgungskonzept der Stadt geändert worden ist.
- l) OSR Fettig erklärt, dass am Bahnhof die Autofahrer so weit vorfahren, sei darauf zurückzuführen, dass sie den Grünstreifen und den Bahnsteig im Blick haben und nicht unbedingt sehen, dass dort noch ein Gehweg sein soll und aus Versehen zu weit vorfahren. Der anschließende Fußgängerbereich sei auch schwer zu sehen. OVS Eßrich sagt, nun sei die Abgrenzung sehr gut erkennbar.

- m) OSR Fettig führt aus, dass ortsunkundige Radfahrer, die von Durlach her der Bahnlinie entlang fahren und beim Wehr herauskommen, nicht erkennen könnten, wie der überörtliche Fernradweg von dort weitergeht. Auf der rechten Fahrbahnseite ist keine Markierung für einen Radweg mehr vorhanden. In der Stadt seien die Radwege rot oder zumindest gestrichelt markiert. Die Ortsdurchfahrt sei für Radfahrer nicht klar.
- n) OSR Weingärtner fragt nach dem Sachstand zum Vorplatz zur Bücherei in der Schule. Derzeit seien keine baulichen Tätigkeiten ersichtlich. OVS Eßrich antwortet, die Ortsverwaltung müsse dazu nachfragen. Im April sei die Eröffnung mit der Kallmorgen-Statue geplant gewesen.
Hinsichtlich der Brücke informiert die Vorsitzende, dass es auf Anregung von Bürgermeister Fluhrer zum Steg eine „Baurunde“ geben wird, bei der der Sachverhalt besprochen werde. Der Architekt sei aktuell aufgefordert, einen Entwurf für die Brückenverlängerung zu erstellen. Danach würden alle Punkte zusammen- getragen, besprochen und entschieden. Ihr sei zugesagt, dass sie auf dem Laufenden gehalten wird. Danach werde entschieden, ob die Verwaltung das Thema selbstständig aufgreift und auch Gelder in den Haushalt einstellt oder den Steg doch ablehnt. Hierzu wolle auch der Gemeinderat einen entsprechenden Hinweis, um gegebenenfalls Anträge stellen zu können.
- o) OSR Ritzel sagt, dass der vom Gartenbauamt vor einigen Jahren mit einem stabilen, robusten Boden wieder her gerichtete Bolzplatz Dausäcker aktuell vermehrt als Aufmarschgebiet für Handwerker, Gärtner, Unternehmen oder Parkfläche von Anwohnern und Anrainern genutzt werde. Viele durchquerten den Bolzplatz auch. Deutlich seien Fahrspuren erkennbar und es hätten sich schon kleinere Schlammflächen gebildet. Er regt an, Derbstangen um den Bolzplatz aufzustellen.
- p) OSR Ritzel weist erneut darauf hin, dass von der Gustav-Hofmann-Straße kommende Autofahrer, die nach links in die Augustenburgstraße einbiegen wollen, dort ganz schlechte Sicht haben, weil in der Augustenburgstraße auf dem Gehweg fast bis zu der Einmündung geparkt werde. Das halte er besonders nachts für sehr gefährlich. OSR Ritzel schlägt vor, dort einen Pfosten anzubringen, damit die vorderste Parkmöglichkeit vereitelt werde.
- q) OSR Ritzel macht darauf aufmerksam, dass am Weg beim Fischerheim rechts ab durch den Wald seit Jahren Baumaterial gelagert ist. Herr Müller informiert, dass es sich hierbei um eine Amphibienleiteinrichtung handelt, die dort auf Veranlassung des Umweltamtes abgelegt wurde. Dieses Amt wollte es schon längst entfernt haben. OVS Eßrich sagt, im Arbeitskreis Baggersee wäre eine guten Gelegenheit, das Thema nochmals anzusprechen, da der Verantwortliche an der Sitzung teilnehmen werde.
- r) OSR Ritzel äußert, dass der Feldweg durch die Dausäcker Richtung Ringelberghohl vor einiger Zeit von der Ortsverwaltung gut geschottert worden sei. Der wichtige Steigungsbereich mit Lehmboden sei jedoch ausgespart worden, was sehr gefährlich sei. Letztes Jahr hätte sich eine Fußgängerin dort einen komplizierten Schulter- und Schlüsselbeinbruch eingehandelt. Die Autos schlingerten bei Regen dort sehr stark und führen rechts hinaus. Er regt an, diesen Bereich ebenfalls zu schottern.

- s) OSR Hauswirth-Metzger weist darauf hin, dass auf dem Weg zum Naturfreundehaus, die Unterführung, wo es links zum Trimm-Dich-Pfad nach Berghausen geht, ebenfalls wieder geschottert werden sollte. Die Vorsitzende sagt dies für das Frühjahr zu.
- t) OSR Ritzel teilt mit, ein Bürger habe ihn angesprochen, dass Pfinztal und Karlsruhe jeweils eine Umweltzone seien, aber Grötzingen und Durlach nicht. Er möchte wissen, warum Grötzingen nicht als Umweltzone ausgewiesen ist. OVS Eßrich sagt eine Rückfrage beim Ordnungsamt zu.

Vorsitzende

Ortschaftsrat

Protokollführer

